

Mitteilung
des Präsidenten

Benennung von Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union (Gremium der Kommission zum "Aktionsprogramm Suchtprävention im Rahmen der öffentlichen Gesundheit")

Der vom Bundesrat in seiner 708. Sitzung am 31. Januar 1997 (Drucksache 1005/96 (Beschluss) benannte Vertreter

Hamburg

Drogenbeauftragter der Freien und Hansestadt Hamburg

(Dr. Horst Bossong)

wird seine Funktion künftig in dem o.g. Bereich nicht mehr wahrnehmen.

Der Bundesrat kann gemäß § 6 Abs. 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt IV der Bund-Länder-Vereinbarung für dieses Gremium einen/eine Vertreter/in zur ständigen Teilnahme (Liste A) neu benennen.

04.02.00

Beschluss
des Bundesrates

Benennung von Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Union (Gremium der Kommission zum "Aktionsprogramm Suchtprävention im Rahmen der öffentlichen Gesundheit")

Der Bundesrat hat in seiner 747. Sitzung am 4. Februar 2000 wie folgt beschlossen:

Der Bundesrat benennt gemäß § 6 Abs. 1 EUZBLG i. V. m. Abschnitt IV der Bund-Länder-Vereinbarung als Beauftragte für das Gremium der Kommission zum "Aktionsprogramm Suchtprävention im Rahmen der öffentlichen Gesundheit"

eine Bedienstete des Freistaates Thüringen,
Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
(Frau Dr. Barbara Spangenberg).